

## Niederschrift

### zur 29. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 10.05.2012	18.00- 19.45 Uhr	Bürgerhaus "Fürstenwalder Hof"

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

##### Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz , Martin Gollmer , Jürgen Grasnick , Maria Meinl , Anne Müller , Lothar Nachtigall ,  
Käthe Radom , Gerold Sachse , Jurik Stiller , Stephan Wende ,

##### CDU-Fraktion

Rolf Hilke , Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Wolfgang Petenati ,

##### SPD-Fraktion

Elisabeth Alter , Helga Bluschke , Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Klaus Runge , Roland Schulze ,  
Anja von Collrepp , Elke Wagner ,

##### FDP-Fraktion

Heiner Buzziol , Eberhard Henkel , Lothar Hoffrichter , Lutz König , Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz im nicht öffentlichen Teil entschuldigt,

##### Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

##### Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse, Franka Koch , Jürgen Roch , Anne-Gret Trilling ,

##### Abwesend

Dr. Ingo Wetter entschuldigt

##### Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler entschuldigt,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker entschuldigt,

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 29. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 30 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einschließlich eines fristgemäß eingegangenen Antrages der SPD-Fraktion zum Trägerwechsel der zwei Oberschulen (TOP 8.1.) festgestellt.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 28. Sitzung vom 15.03.2012 und der 25. Sitzung vom 20.10.2011**

Die Niederschrift der 28. Sitzung (Sitzungsdauer von 18.00 bis 19.50 Uhr) vom 15.03.2012 wird einstimmig bei 2 Enthaltungen bestätigt. Die Niederschrift der 25. Sitzung vom 20.10.2012 wird einstimmig bei 2 Enthaltungen bestätigt.

**Zustimmung Ja 29 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

## **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende erteilt Jurik Stiller das Wort.

### **TOP 5.1 Persönliche Erklärung des Abg. Jurik Stiller**

Herr Stiller erklärt mit sofortiger Wirkung seinen Mandatsverzicht, da ihn neue Herausforderungen nach Berlin führen und er seine Wohnung in Fürstenwalde aufgibt. Er bedankt sich als jüngster Stadtverordneter für die gesammelten kommunalpolitischen Erfahrungen und wünscht sich, dass die Interessen und Belange der jungen Generation auch weiterhin Berücksichtigung finden.

### **TOP 5.2 Mandatsveränderungen in der Fraktion DIE LINKE.**

Der Vorsitzende informiert über die Mitteilung des Wahlleiters, dass durch das Ausscheiden von Herrn Jurik Stiller das Mandat auf Fred-Hagen Grünewald übergeht. Herr Grünewald hat schriftlich seinen Mandatsantritt dokumentiert.

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Grünewald bevor dieser in der Stadtverordnetenversammlung willkommen geheißen wird und seinen Platz in der Fraktion DIE LINKE. einnimmt.

### **TOP 5.3 Persönliche Erklärung der Abg. Alter**

Die Abg. Alter berichtet über die Diskussion in der vergangenen Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses zum Thema Abriss der Villa Eisenbahnstraße 37. Sie hat die Art und Weise der Meinungsäußerungen einer freien Journalistin unserer Stadt als Stimmungsmache und Anmaßung empfunden. Die Gäste wurden angestachelt und aufgeputscht. Die Vorwürfe gegen ihre eigene Person wird sie mit ihr selbst klären. Aber, so bringt die Abg. Alter weiter zum Ausdruck, es wurden alle Abgeordneten angegriffen und in ihrer Arbeit und ihrem Engagement diffamiert. So etwas müsse und dürfe man sich nicht bieten lassen.

#### **TOP 5.4 Neubesetzung in den Ausschüssen, hier: Fraktion Die LINKE.**

Der Vorsitzende informiert, dass es bedingt durch den Mandatswechsel in der Fraktion Die LINKE. zu nachfolgender Neubesetzung der Ausschüsse kommt:

- |    |   |                           |
|----|---|---------------------------|
| 1. | ordentliches Mitglied im Hauptausschuss             | Frau Käthe Radom          |
| 2. | ordentliches Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss | Herr Fred-Hagen Grünewald |

#### **TOP 6 Informationen des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister dankt Herrn Stiller für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit. Herrn Grünewald heißt er herzlich Willkommen und bringt die Hoffnung auf eine für die Stadt Fürstenwalde gedeihliche, gute Zusammenarbeit zum Ausdruck.

Der Bürgermeister fasst nachfolgende Ereignisse der vergangenen Wochen zusammen:

- 24. März 3. Fürstenwalder Shoppingnacht mit tollem Wetter und vielen Attraktionen
- 21. April 2. Mal „Fit in Radfahrseason“ – Aktionstag gemeinsam mit der Polizei, der Verkehrswacht und dem Tourismusbüro
- 21. April Ausstellungseröffnung „Bilder für Bücher“ anlässlich des 100. Geburtstages von Gerhard Goßmann in der Kunstgalerie Fischmühle
- 25. April 16. Ermutigung, Werke von Künstlerinnen und Künstlern mit Behinderung
- Ende April Neugestaltung des Grasnicksbrunnens mit zwei Linden und zwei neuen Weichselkirschen
- 1. Mai 2. Familiade auf dem neuen Pneumant-Sportforum in Süd in Kooperation mit der BSG Pneumant mit dem Lokalen Bündnis für Familie und dem Reifenwerk
- 1. Mai Traditionell: Großes Fest im Heimattiergarten
- 5. Mai 1. Job-Race, gute Gelegenheit für Studenten und Absolventen, Kontakte mit Heimischen Unternehmen zu knüpfen
- 5. Mai Tag der Behinderten wurde mit historischer Stadtführung begangen, organisiert vom Behindertenbeirat
- 7. Mai Stolpersteinverlegung
- 12. Mai Lange Nacht der Museen in unserer Region unter dem Motto „300 Jahre Friedrich der Große – unsere Region seit dem 18. Jahrhundert“

Abschließend weist der Bürgermeister auf das vom 25. bis zum 27. Mai stattfindende Frühlingsfest (Gastland Spanien) und die am 23./24. Juni stattfindenden 4. Highlandgames hin.

#### **TOP 7 Einwohnerfragestunde**

Frau Juraschek, Helga

Sie möchte wissen was in der Karl-Marx-Straße mit dem ehem. Offizierskasino, jetzt ein Schandfleck in der Nähe des Bahnhofes, geschieht.

Der Bürgermeister berichtet über vergebliche Bemühungen des Eigentümers, dieses Objekt zu erhalten und einer wirtschaftlichen Vermarktung zuzuführen. Die Möglichkeiten der Stadt, so der Bürgermeister weiter, seien begrenzt und beziehen sich auf regelmäßige Kontrollen zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit. Selbstverständlich läge eine Verwertung des Objektes bzw. Grundstückes auch im Interesse der Stadt, wenngleich er dafür gegenwärtig kaum eine Chance sieht.

Frau Grunow, Kathleen, Tanzgruppe Caramelle i fiori

Sie schildert einen Gesprächsverlauf in Vorbereitung des Fürstenwalder Frühlingsfestes mit dem sie sich nicht einverstanden erklären kann und bittet den Bürgermeister um Unterstützung.

Der Bürgermeister weiß um den Vorgang und hatte Gesprächsbereitschaft für ein gemeinsames Gespräch mit Herrn Diedrich, Herrn Dr. Oehler, dem BM und Frau Grunow signalisiert. Einen entsprechenden Terminvorschlag sollte Frau Grunow unterbreiten.

## **TOP 8      Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 8.1    Antrag der SPD-Fraktion. hier: Wechsel der Trägerschaft der zwei Oberschulen (Bildung Arbeitskreis)**

Die Abg. Wagner erläutert und begründet den **Antrag**. Die Diskussion in Ausschuss für Kultur, Bildung und Gleichstellungsfragen hat gezeigt, dass der Wunsch nach einer zweigleisigen Debatte zum Thema besteht. Zum einen sind die Mittel (420.000 €), welche die Stadt für originäre Aufgaben des Landkreises ausgibt, nicht unerheblich. Zum anderen gibt es möglicherweise auch eine finanzielle Lösung mit dem Landkreis, um die Schulen in städtischer Trägerschaft zu behalten. Diese Abklärung dieser sensiblen Thematik kann nur gemeinsam und im Arbeitskreis erfolgen. Ebenso ist dieses Gremium geeignet, bestehende Probleme im Rahmen eines möglichen Trägerwechsels zu lösen und zu einer für alle Beteiligte akzeptierbaren Lösung zu gelangen.

Der **Beschlussvorschlag** lautet: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass die Verwaltung beauftragt wird, einen Arbeitskreis mit den Verantwortlichen zur Thematik im Kreis, der Stadt, den Schulleitern/innen, je einem Vertreter der Elternkonferenz und je einem Fraktionsvertreter einzuberufen. Der Arbeitskreis soll alle Probleme, Risiken und Möglichkeiten diskutieren und möglichst zu einer Empfehlung kommen. Über einen Wechsel der Trägerschaft wird frühestens zum Schuljahr 2013/2014 befunden. Das Ergebnis des Arbeitskreises liegt spätestens am 15.12.2012 den Abgeordneten vor. Weiterhin wird der Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen natürlich darüber diskutieren.

Abg. Petenati spricht gegen den Antrag. Nach seiner Auffassung war dieser Tagesordnungspunkt der Ausschusssitzung „mit heißer Nadel gestrickt“. Die Verwaltung vertrat zwei verschiedene Standpunkte. Seine Fraktion sieht in der Bildung eines Arbeitskreises eine Entmündigung des Ausschusses, zumal es in der Sitzung nach kurzer Diskussion eine deutliche Mehrheit für den Erhalt der Schulen in städtischer Trägerschaft gab. Er schätzt auch den zeitlichen Aufwand als nicht leistbar ein. Seine Fraktion lehnt den Antrag ab.

Abg. Alter hebt nochmals die Bemerkung hervor, dass die Verwaltung noch keine eindeutige Meinung vertreten hat und betont, dass dies gerade der richtige Weg sei. Die Diskussion, Meinungsbildung und die Entscheidung sollen die Stadtverordneten führen bzw. treffen. Aus diesem Grunde verteidigt sie die Bildung eines Arbeitskreises.

Abg. Wagner ergänzt, dass die Verwaltung sehr gut auf die Diskussion im Ausschuss vorbereitet war und anhand ausführlichen Zahlenmaterials argumentiert hat.

Abg. Wende erinnert, dass über das Votum eines Ausschusses zu befinden ist, welches dort in ausführlicher Diskussion erarbeitet wurde, wenngleich er auch der Argumentation des Abg. Petenati folgen könne.

Der Antrag wird zur Abstimmung gebracht.

**Zustimmung Ja 20 Nein 5 Enthaltung 6 Befangen 0**

### **TOP 8.2    Antrag                    der                    Fraktion                    DIE                    LINKE.                  hier: Wohnen und Mieten in Fürstenwalde/Spree 2012**

Abg. Wende begründet den **Antrag** und bezieht sich auf den seinerzeit beschlossenen Antrag, ein Konzept für die Steigerung der Attraktivität der Stadt Fürstenwalde für Studierende und Auszubildende unter Beachtung der Wohn-, Lebens- und Arbeitsbedingungen zu erarbeiten. Dieser Antrag wurde durch Abg. Alter dahingehend aufgegriffen, als dass sie die Analyse bestehender Wohnquartiere und die offene Diskussion über geeignete Maßnahmen zur Verbesserung vorgeschlagen hatte. Weiterhin wurde die Attraktivität der Wohnsituation als wichtiges Gestaltungsinstrument für die

demografische Entwicklung definiert. Abg. Wende mahnt an, dass seither nichts in dieser Richtung unternommen wurde und seine Fraktion nun den Antrag „Wohnen und Mieten in Fürstenwalde 2012“ formuliert hat. Wohnen und Mieten sind wichtige, sog. weiche Standortfaktoren, Entscheidungsgrößen für BürgerInnen für ein Leben in unserer Stadt bzw. für eine wirtschaftliche Ansiedlung. Hierüber einen Sachstand zu erfahren, verbunden mit einer Perspektivdiskussion, ist Ziel dieses Antrages. Eine Abstimmung mit privaten Vermietern und Wohnungsgenossenschaften zur Erstellung des Berichtes begrüßt die Fraktion ausdrücklich, ebenso die Fortsetzung der Diskussion anhand konkreter Maßnahmen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Bürgermeister zu beauftragen, einen Bericht Wohnen und Mieten in Fürstenwalde 2012 zu geben. In diesem Bericht sollen

- . Entwicklungen im öffentlichen und privaten Wohnungsmarkt in den Stadtteilen Nord, Mitte und Süd benannt und bewertet werden.
- . Bedarfe und Probleme benannt und die Wohnungsförderpolitik der Stadt in deren Kontext dargestellt werden.
- . stadtteilbezogen eine Wertung der Wohnquartiere hinsichtlich ihrer Lebensqualität vorgenommen werden und Maßnahmen zur Förderung der Lebensqualität und der sozialen Mischung der Quartiere benannt werden
- . im Kontext des demographischen Wandels Fürstenwalder Instrumente zur Förderung von Wohnungsbau für Senioren/Seniorinnen gleichermaßen wie für junge Menschen und Familien benannt werden
- . die Wirkung von Programmen wie Soziale Stadt und Stadtumbau gewertet und deren Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt werden
- . die Entwicklung eines Wohnraumversorgungskonzeptes aufgrund einer nachfrageorientierten städtischen Strategie zu Qualität und Struktur des Mietwohnungsmarktes und seiner mittelfristigen Entwicklung dargestellt werden. Dabei sind besonders die generationsgerechten Bedarfe sowie die von jungen Familien, Beschäftigten, Studenten, Alleinstehenden, Alleinerziehenden und Empfängern von Transferleistungen (u.a. SGB II, SGB XII, EU-Rentner) zu bezeichnen
- . städtebauliche Instrumente benannt und eingeordnet werden, die zu einer Verbesserung des Mietwohnungsmarktes in unserer Stadt führen können.

Zu diesem Bericht wird eine Aussprache der Stadtverordnetenversammlung von einer Stunde im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ verabredet.

Im Stadtentwicklungsausschuss ist der Antrag übereinstimmend angenommen worden. Er soll aus Sicht des Ausschusses zeitnah nach der Sommerpause realisiert und abgearbeitet werden.

Abg. Wagner stellt in Frage, dass der gutgemeinte Antrag in seiner Umfänglichkeit durch die Verwaltung personell zu leisten ist. Insbesondere die Abfrage des privaten Wohnungsmarktes ist kaum umsetzbar. Sie bittet, sich auf die Wohnungsgesellschaften und die Wowi zu konzentrieren.

Abg. Wende stimmt insofern zu, als dass Verbände und Interessenvertretungen nach Möglichkeit beteiligt werden und natürlich nicht jeder private Eigentümer gemeint ist.

Der Bürgermeister stimmt den Bedenken der Abg. Wagner zu. Als kreisangehörige Stadt obliegen der Verwaltung weder die Aufgaben der Wohnungsbauförderung noch der Wohnungspolitik. Des Weiteren sieht er keine personellen Ressourcen, bzw. stehen die notwendigen Daten nicht zur Verfügung. Wobei die Erfassung vorhandenen Zahlenmaterials von ihm als nicht so problematisch eingeschätzt wird, wie die Ableitung von Wertungen, Bewertungen der Wohnqualität, Auswirkungen des Programms Soziale Stadt und Stadtumbau, Qualitätsstrukturen des Mietwohnungsmarktes usw.

Der Bürgermeister bittet, einer **schrittweisen Abarbeitung** mit Schwerpunktsetzung auf die großen Wohnungsgesellschaften und einer Erarbeitung der IST-Analyse zuzustimmen.

Abg. Alter unterstützt das Zusammentragen der zukunftsorientierten Informationen, die z.B. bei der Wowi vorhanden sein dürften. Diesbezüglich finden Veranstaltungen auch auf Landesebene statt, wo die Wohnungswirtschaften und Wohnungsgenossenschaften eingeladen sind und über Strategien informieren und diskutieren.

Der Antrag wird zur Abstimmung gebracht. Das Ansinnen des Antrages soll in einem durch die Verwaltung machbaren und zu leistenden Rahmen umgesetzt werden.

**Zustimmung Ja 17 Nein 9 Enthaltung 5 Befangen 0**

**TOP 8.3 Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg 5/438**

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

#### **Kenntnisnahme**

**TOP 8.4 Satzung über die Erhaltung, die Pflege und den Schutz von Bäumen in der Stadt Fürstenwalde/Spree (Baumschutzsatzung Fürstenwalde/Spree) 5/348**

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Satzung über die Erhaltung, die Pflege und den Schutz von Bäumen in der Stadt Fürstenwalde/Spree (Baumschutzsatzung Fürstenwalde/Spree).

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.5 Bebauungsplan Nr. 71 "Wohnen am Friedrich-Naumann-Platz" hier: Satzungsbeschluss 5/414**

Es besteht kein Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

#### **Beschluss:**

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der erneuten Beteiligung berührter Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange Stellungnahmen eingegangen sind. Über den Sachverhalt der Stellungnahmen, ersichtlich in Anlage 1, wird entschieden. Der Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird durch Beschluss zum Protokoll der Abwägung.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 von Artikel 1 - Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) - des Gesetzes zur Reform der Kommunalverfassung und zur Einführung der Direktwahl der Landräte sowie zur Änderung sonstiger kommunalrechtlicher Vorschriften (Kommunalrechtsreformgesetz – KommRRefG) in der Fassung vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.09.2008 (GVBl. I, S. 202, 207), in Verbindung mit § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414)), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I, S. 1509), den Bebauungsplan Nr. 71 „Wohnen am Friedrich-Naumann-Platz“ für das Gebiet der Flurstücke 196 tw und 607 tw der Flur 142, Gemarkung Fürstenwalde/Spree, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) als Satzung. Die Begründung (Teil C) wird gebilligt.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.6 Straßenbenennung im Bebauungsplan Nr. 71 "Wohnen am Friedrich-Naumann-Platz" 5/420**

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Planstraße im Bebauungsplan Nr. 71 „Wohnen am Friedrich-Naumann-Platz“ in **Dr.-Semmelweis-Straße** zu benennen.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.7 Umbenennung des südlichen Teils des Friedrich-Naumann-Platzes 5/421**

Der Vorsitzende informiert, dass sich in gemeinsamer Sitzung von Stadtentwicklungsausschuss und Kultur- und Sozialausschuss mehrheitlich auf den Namen Marie-Harrer-Straße geeinigt werden konnte.

Der Abg. Wende moniert zum Verfahren, dass nur ein ausgewählter Kreis von Vorschlägen (3) zur Abstimmung steht. Auf Nachfrage der Abg. Meinel hatte es geheißen, dass anfangs 10 Namensvorschläge zur Disposition standen. Er hätte eine frühere Beteiligung der Stadtverordneten begrüßt und gern alle Namensvorschläge gekannt.

Abg. Koch berichtet, dass seine Fraktion die Benennung einer ehemals Internierten des Lagers Ketschendorf vermisst. Die Fraktion hatte dafür gehalten, sich auf diesem Wege auch der Vergangenheit zu stellen und dies nicht nur auf zwei Gedenkveranstaltungen im Jahr zu reduzieren.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Umbenennung des südlichen Teils des Friedrich-Naumann-Platzes in Marie-Harrer-Straße.

**Zustimmung Ja 25 Nein 2 Enthaltung 4 Befangen 0**

**TOP 8.8 Bebauungsplan Nr. 76 "Heuweg Nord" 5/429  
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

**Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 76 "Heuweg Nord" für das Gebiet Flur 20, Flurstück 1052 tw., 1056 tw., 1059/2 tw., 1060 tw., 1128 tw., 1129 tw., 1140, 1169 tw., 1170 tw., 1171, 1172 tw., 1174 tw., 1176 tw., 1181 tw., Gemarkung Fürstenwalde.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.9 Bebauungsplan Nr. 77 "Wohnen an der Georg-Büchner-Straße" hier: 5/430  
Aufstellungsbeschluss**

Es gibt keine Bemerkungen, Hinweise oder Anfragen.

**Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 77 „Wohnen an der Georg-Büchner-Straße“ für das Gebiet der Flurstücke 35, 37 tw und 38 der Flur 141, Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt werden.
3. Zwischen der Stadt Fürstenwalde und dem Grundstückseigentümer sind städtebauliche Verträge gemäß § 11 BauGB zur Finanzierung des Bebauungsplanes einschließlich der FNP-Berichtigung und zur Realisierung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen abzuschließen.

**Zustimmung Ja 30 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0****TOP 8.10 Bebauungsplan Nr. 78 "Otto-Lilienthal-Straße" 5/434  
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**

Es gibt keine Anfragen.

**Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 78 "Otto-Lilienthal-Straße" für das Gebiet Flur 73, Flurstück 33/1 tw., 125, 139, 162 tw., Gemarkung Fürstenwalde.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0****TOP 8.11 Bebauungsplan Nr. 79 "Pionierpark Ost" 5/435  
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB**

Es gibt keinen Diskussions- oder Erläuterungsbedarf.

**Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 79 "Pionierpark Ost" für das Gebiet Flur 21, Flurstücke 56, 58, 59, 60, 63, 64, 169, 176, 185, 203, 204, 205, 206, Gemarkung Fürstenwalde.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0****TOP 8.12 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree (Pionierpark Ost) hier: Einleitungsbeschluss 5/436**

Es besteht kein Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

**Beschluss:**

- Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Einleitung des Verfahrens zur 22. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Fürstenwalde/Spree.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0****TOP 8.13 Bebauungsplan Nr. 58 "Gewerbegebiet Hegelstraße" 5/437  
hier: Abwägung**



Es besteht kein Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

**Beschluss:**

Über die Stellungnahmen und Anregungen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB, der Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB sowie der Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4a BauGB wird entsprechend der tabellarischen Anlage abwägend entschieden. Diese wird das Protokoll der Abwägung.

Zu den Ersatzmaßnahmen und zur Waldumwandlung sind vertragliche Festlegungen zur Umsetzung und Finanzierung abzuschließen.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.14 Beschluss zur Bauausführung des Vorhabens "Verschwenk" Fr.-Engels-Straße 5/440**

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

**Beschluss:**

Dem Ausbau des Bereiches „Verschwenk“ Fr.-Engels-Straße gemäß der vorliegenden Ausführungsplanung wird zugestimmt.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.15 Ausführungsbeschluss, Umgestaltung Außenanlagen Schlosshof Kulturfabrik 5/441**

Es besteht kein Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

**Beschluss:**

Der Bauausführung der Außenanlagen Schlosshof Kulturfabrik gemäß vorliegender Planung wird zugestimmt.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.16 Ausführungsbeschluss Grünanlage "Treffpunkt Nord" 5/442**

Abg. Alter weist auf den Bedarf und die Möglichkeiten hin, an dieser Stelle beginnend einen „Generations(spiel)platz“ zu schaffen, da viele Einwohner ihre Zeit zunehmend mit ihren Enkelkindern verbringen. Man könne, so Abg. Alter, zuschauen, wie die Kinder spielen, sich jedoch nicht aktiv daran beteiligen, und Kinder können sich nicht mit Eltern oder Großeltern messen. Aus diesem Grund **beantragt** sie, Spielgeräte zu installieren, die die Generationen mit einander verbinden.

Abg. Wagner spricht die finanzielle Seite der DS an und meint, die Platzgestaltung steht nicht in Frage. Wohl aber, dass die Abgeordneten nicht in die konkreter werdenden Planungsschritte eingebunden, sondern mit dem Ergebnis konfrontiert werden. Die Fraktion würde es begrüßen, schon vorher eine Summe festzuschreiben, in deren Rahmen die Investition sich dann bewegen muss. Die Befürchtung ist auch, dass die Ausschreibung noch teurer wird, als die vor zwei, drei Jahren geplanten Aufwendungen.

Herr Roch erwidert, dass im Stadtentwicklungsausschuss ein Entwurf und nicht das fertige Konzept vorgestellt wurde. Letztlich ist dieses mit dem Haushaltsplan beschlossen worden. Im Rahmen der Haushaltsberatung hätte man auf diesen Punkt eingehen können. Er verteidigt die Investition, die

nicht nur Grünflächengestaltung, sondern öffentliche Stellplätze, kurze Wegeverbindungen für Fußgänger und Radfahrer zwischen den Wohngebieten sowie die Gestaltung eines Freiraumes mit Aufenthaltsqualität für die Einwohner des Stadtteiles, beinhaltet.

Abg. Wende widerspricht der Darstellung der Abg. Wagner und berichtet, dass im Rahmen der Haushaltsdebatte eine umfangreiche Projektvorstellung mit Finanzierungsart, Kostenzahlen und Powerpointpräsentation zu diesem Thema stattfand. Die vorhergehende Diskussion fand im November 2011 statt und bereits da standen umfangreiche Planungsunterlagen zum Gesamtprojekt (leider nicht alle drei Bauabschnitte für jeden Abgeordneten) zur Verfügung. Die Schaffung insbesondere der Stellplätze ist regelmäßig von den Abgeordneten eingefordert worden. Deshalb ist die Kritik an *dieser* Stelle nicht richtig. Abg. Wende stimmt der Kritik als *solche* insofern zu und meint, in der Debatte im Fachausschuss in letzter Zeit hätten die Abgeordneten fragen müssen, ob das was ihnen vorgelegt wird und worüber geredet wurde, letztlich und in der Realität das ist, was die Verwaltung zum Handeln oder zum Nichthandeln veranlasst. Richtig ist auch, dass die Abg. Alter immer wieder, da wo Grünflächengestaltung anstand, die Einrichtung eines generationsübergreifenden Spielplatzes zu prüfen bat. Dies ist nicht realisiert worden.

Der Antrag der Abg. Alter wird zur Abstimmung gebracht. Sie bittet die Verwaltung zu prüfen, inwieweit bei dieser Baumaßnahme zwei Geräte installiert werden können.

**Zustimmung: 31 Ja 0 Nein 0 Enthaltungen 0 Befangen**

### **Beschluss:**

Der vorliegenden Planung zum Vorhaben „Treffpunkt Nord“ wird zugestimmt.

**Zustimmung Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 9 Informationen der Verwaltung**

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

### **TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung**

Ausgehend von der beschlossenen Baumschutzsatzung regt Abg. Wende an und begründet, warum die/der künftige Kollege/in für Baumschutz zuständig, evtl. eine unabhängige Position in der Verwaltung innehaben und nicht in einer der FG des FB 4 angesiedelt werden sollte, um eine Interessenskollision zu verhindern, zwischen denjenigen, die Bäume schützen wollen und denjenigen, die sich durch Stadtentwicklungsansätze möglicherweise von dem einen oder anderen Baum trennen wollen.

Er bittet die Verwaltung zum gegebenen Zeitpunkt um Meinungsäußerung.

Abg. Wende spricht die Baumaßnahme Club im Park und die Gestaltung der Außenfläche an und fragt, wann diese realisiert wird (Baumpflanzung und Begrünung). Des Weiteren bittet er um Auskunft, wie diese Maßnahme (Schlussrechnung) im Rechnungsprüfungsausschuss bereits umfassend thematisiert werden konnte, wo sie doch noch gar nicht abgeschlossen ist.

Abg. Wende meint zur persönlichen Erklärung von Frau Alter u.a., dass die Pressefreiheit zu einem der demokratischen Grundrechte gehöre. Er bemerkt, dass die Zustimmungsausßerungen der anderen Abgeordneten fehl am Platze sei, denn Pressefreiheit beinhaltet auch, dass negative Berichterstattung erlaubt sein muss.

Abg. Alter verwährt sich dagegen, dass ihre persönliche Erklärung noch einmal erläutert wird. Das Recht, so Abg. Alter, stehe Herrn Wende nicht zu, zumal er bei der besagten Sitzung nicht dabei war.

Abg. Wende kritisiert den Werdegang zum Abriss der Villa Hase und bringt seine Enttäuschung darüber und über die Informationspolitik der Verwaltung zum Ausdruck. Er fühlt sich noch viel mehr

verärgert und enttäuscht, wie überheblich und arrogant mit Meinungen von BürgerInnen umgegangen wird. An dieser Stelle bestand die Chance und die Pflicht, Größe zu zeigen und eine Diskussion zuzulassen und ernsthaft die Bürgermeinung zu hören. Abg. Wende, als Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses, hatte den Investor zum TOP im Stadtentwicklungsausschuss eingeladen, um im Ausschuss sein Projekt vorzustellen und die Frage zu beantworten, ob es aus seiner Sicht Möglichkeiten geben kann, das Haus zu erhalten und trotzdem seine Investition zu tätigen. Diese Chance wurde vertan.

Der Abg. Wende fragt weiterhin, warum das Grundstück Eisenbahnstraße 37 im Aufsichtsrat der GiP-GmbH thematisiert wurde, wo es sich doch um Privateigentum handelt, und ob es weitere Grundstücke gibt, die dort thematisiert werden, obwohl sie gar nicht in das Tätigkeitsfeld der GiP-GmbH gehören?

Er fragt, warum die Regelung der Bauleitplanung (Bebauung in der ersten Reihe) nicht für die Bebauung des NCC-Platzes gilt?

Er fragt weiterhin, ob es richtig ist, dass für das Wohnhaus von Herrn Pintsch, Trebuser Straße 1, ebenfalls ein Abrissantrag gestellt wurde. Er möchte wissen, wie die Stadt dazu steht.

Der Bürgermeister stellt richtig, dass der Abriss von Gebäuden seit 1.9.2003 nicht mehr genehmigungs- sondern nur noch anzeigespflichtig (in einer bestimmten Größenordnung) ist. Das bedeutet, dass die zuständigen Behörden, wenn sie den Abriss nicht zulassen wollen, innerhalb von 2 Wochen agieren müssen. Dies können sie nur, um sicherzustellen, dass entsorgungspflichtiges Material ordnungsgemäß entsorgt wird oder andere gesetzliche Regelungen einen Abriss verhindern. Das Gebäude stand nicht in der Denkmalschutzliste, und es wurde nach Prüfung auch nicht eingetragen. Insofern gab es für die zuständige Behörde keinen Grund einzuschreiten. Und den gab es auch für die Stadt Fürstenwalde nicht.

Die Thematisierung im ASR hat den Grund, dass am 23.12.2011 das Bauvorhaben insofern vorgestellt wurde, weil der Investor Interesse hatte, das Grundstück von der GiP GmbH zu erwerben. In diesem Zusammenhang wurde dem ASR vorgestellt, was auf diesem Grundstück entstehen soll und ob es eine Symbiose geben kann mit dem Grundstück der GiP GmbH, was ebenfalls zum Verkauf stand. Der Investor hatte bei Kaufantrag bereits die angedachte Nutzung skizziert. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde der Abriss des Objektes angekündigt und kein ASR-Mitglied hatte dagegen Einwendungen. Der Bürgermeister stellt dar, dass sich der Eigentümer dieses leerstehenden Objektes über Jahre vergeblich bemüht hat, es einer wirtschaftlichen Verwertung zuzuführen. Der Eigentümer hatte Herrn Hengst bereits vor Jahren darüber sein Leid geklagt. Aber alle Bemühungen oder Überlegungen (Geschäftsräume, betreutes Wohnen, Seniorenwohnungen o.ä.) waren wirtschaftlich nicht tragbar und der Eigentümer kaum in der Lage, die laufenden Kosten zu zahlen. Jetzt hatten die Eigentümer die Chance, das Grundstück zu verwerten, und dies in Einklang mit dem von den Abgeordneten beschlossenen Einzelhandelskonzept. Abschließend merkt er an, dass der genaue Zeitpunkt des Abrisses der Verwaltung und ihm persönlich nicht bekannt war. Er bedauert, nicht rechtzeitig über den Werdegang informiert zu haben und nimmt die Kritik dafür entgegen, betont aber nochmals, dass die Stadt nichts gegen den Abriss hätte unternehmen können.

Abg. Radom bezieht sich auf die Lokale Agenda. Zwei Gruppen aus der Gründungszeit, die Menschen mit Handicap und der Bürgergarten, existieren noch. Das Projekt Bürgergarten ist in der Neuen Gartenstraße angesiedelt. Aufgrund mehrfacher Zerstörungen und Vandalismus zieht der Bürgergarten um auf das Grundstück Waldstraße 9A. Abg. Radom fragt nach, ob der Transport der schweren Steine und der Kräuterschnecke durch den Städtischen Betriebshof kostenfrei realisiert werden kann.

Der Bürgermeister sagt eine Unterstützung zu.

Abg. Nachtigall fragt an, ob der Fuß/Radweg Richtung Friesenstadion von Unkraut befreit und repariert werden kann. Gegenwärtig ist der Weg nur unter Schwierigkeiten zu bewältigen und entspricht nicht den Anforderungen.

Der Bürgermeister weist auf die vielen verschiedenen ehrenamtlichen Aktivitäten im Stadion hin. Er empfiehlt dem Abg. Nachtigall, diese Thematik im Rahmen der nächsten Haushaltsdiskussion anzusprechen, damit sie diskutiert, beschlossen und in den Haushalt eingestellt werden kann.

Abg. Wagner erinnert an einen einstimmig beschlossenen Antrag des Monats Mai vergangenen Jahres, der mit Fristsetzung zum 31.08.2011 abgearbeitet werden sollte. Dies ist noch nicht geschehen. Inhalt war, eine Aufstellung der Kindertagesstätten und eine Kostenanalyse zu erarbeiten. Sie bittet, diesen Antrag umgehend abzuarbeiten.

Der Bürgermeister merkt an, dass die Zahlen vorliegen und im nächsten Sozialausschuss zur Verfügung gestellt werden können.

#### **TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung. Die Niederschrift umfasst 12 Seiten.

Jürgen Teichmann

Franka Koch

---

Vorsitzender

Schriftführerin